

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden. Herausgeber: Redaktion Dresden.  
Telegraphische Anschrift: Dresdner Nachrichten. Telefonnummer: 25 246.  
Telegraphische Anschrift: Dresdner Nachrichten. Telefonnummer: 25 246.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Börse bei Mietz zuzahlen. Zeitung monatl. 4,20 RM., vierfachjährlich 13,50 RM., durch d. Post zu 10 Pf. zuzahlen. Zeitung monatl. 4 RM., vierfachjährlich 12 RM.  
Die 1-polige 37 mm breite Seite 1,80 RM. Auf Sonnenblumenpapier, Papieren unter  
Zeitung u. Wohnungspapier. 1-polige Ein- und Verkauf 25 Pf. Vorzugspreise laut  
Tafel. Ausland. Nachfrage gering. Vorzugspreise d. Vorabendblattes 15 Pf.

Schriftrichtung und Schriftgrößen  
Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Siegert & Weitbrecht in Dresden.  
Postleitzahl: Ansatz 19285 Leipzig.

Stacheldraht nur mit deutlicher Kennzeichnung („Dresdner Stadt“) gestattig. — Unterlagen Schriftliche werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks  
Einzahlung von Zins- und Gewinnanteils-  
scheinen.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlachthofring 7,  
Wettinerstraße 56, Hauptmarkthalle, Ellasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.  
Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren  
Stahlräumen unter Verschluß des Mieters  
und Mitverschluß der Bank.

## Beratung der Konferenz von Spa.

### Frankreich wünscht die Beratung.

Berlin, 12. Mai. Halbamtlich wird nun bestätigt, daß der Zusammensatz der Konferenz in Spa vertragt worden sei. Die Konferenz soll Ende Juni stattfinden. Von deutscher Seite wird betont, daß die jetzige Haushaltungswirtschaft auf Drängen Deutschlands beschlossen worden sei. Allerdings habe man, als der italienisch-bosnische Konsul die Einladung überreichte, darauf hingewiesen, daß für Deutschland die Konferenz auf einen unbestimmten Zeitpunkt, in die Zeit unmittelbar vor den Reichstagswahlen, falle. Aber die deutsche Regierung habe die Einladung angenommen und nicht weiter auf eine Veränderung des Datums hingewiesen. Inzwischen ist Lord George ertrunken. Jetzt hat der parlamentarische Vize in Italien wegen des Wunsches zu erkennen gegeben, Ende Mai in Rom zu sein, und Millerand wünschte in Verfolgung seiner Politik vor der Konferenz Sonderberatungen in London abzuhalten. Besonders dieser Wunsch der französischen Regierung, die Konferenz „vorbereiten“, dürfte, im Vergleich mit der Erkrankung des englischen Premierministers, den Ausgang für die Beratung ergeben haben.

Rotterdam, 12. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris: Der alliierte Rat hat den noch Spa zu delegierenden Staatsmännern der verbündeten Länder wirtschaftliche Beiträge mitgegeben. Man erwartet, daß die Deutschen in Spa auch die Frage einer internationalen Anleihe wieder annehmen wollen, welchem Plane die Alliierten abschließend gegenüberstehen.

### Bericht auf deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau.

Rotterdam, 12. Mai. „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß die Wiederaufbaukommission nach den vorliegenden amtlichen Berichten der Berliner Entente-Kommission sich gegen eine Beschäftigung der deutschen Arbeiter im Wiederaufbau geäußert habe. Der französische Regierung sei der Verzug auf die Beschäftigung der deutschen Arbeiter nahegelegt worden, wenn sie eine schnelle Wiederaufstellung der zerstörten Gebiete anstrebe.

### Millerand gegen die Räumung Frankfurts.

Genf, 12. Mai. „Echo de Paris“ erfuhr: Millerand sprach beim Empfang der Vertreter der französischen Handelskammern, er könne sie nur ermuntern, ihre rege Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und den deutschen Gebieten hinzuwirken. Das Resultat des Krieges werde kein politisches, sondern ein wirtschaftliches sein. Zum Schluß erklärte Millerand, Frankfurt werde ohne Sicherheiten oder anderweitige Pfänden für die Vertragspflichten Deutschlands nicht geräumt werden.

### Deutsch-französische Handelsbesprechungen.

(Eigner Druckbericht der „Dresden Nachrichten“.) Berlin, 12. Mai. Die von Deutschland angeregten deutsch-französischen Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beginnen am 28. Mai in Paris. Von deutscher Seite sind 20 Personen delegiert, darunter bekannte hervorragende Vertreter der Großindustrie.

Als Vertreter Deutschlands bei den Wirtschaftsberatungen in Paris sind, dem „B. T.“ aufs folge, bekannte Persönlichkeiten aus der deutschen Industrie in Aussicht genommen worden, so Geheimrat Deutsch von der A. G. Prof. Wedefeld und Direktor Böck vom Anilin-Konzern. Die Zahl der Delegierten dürfte auf drei beschränkt bleiben.

### Der Friedensvertrag für die Türkei.

Frankfurt a. M., 12. Mai. Aus dem Friedensvertrag für die Türkei werden folgende Einzelheiten nachgetragen: Zu den Meerengen werden die Besetzungen der Dardanellen und des Bosporus gehoben. Die Türkei wird keine Batterien und keine Torpedoboote, keine Unterwasserminen- und keine Unterseeboote besitzen dürfen. Eine internationale Zivilkommission, eine internationale Militärkommission und eine internationale ständige Garnison werden die Meerengen überwachen. Die Türkei wird eine Armee von 50 000 Mann, die sich aus Freiwilligen mit einsähriger Dienstzeit rekrutieren, unterhalten können. Das gegen darf sie keine Flotte haben. Was die finanziellen Bestimmungen betrifft, so werden die Gebiete, die der Türkei verbleiben, zwei Drittel der Kriegsschulden tragen müssen, aufgenommen die Wiedergutmachungen, die noch nicht festgestellt worden sind und die erst später nach der Leistungsfähigkeit der Türkei bestimmt werden sollen. Eine internationale Finanzkommission wird eingesetzt, um die osmanischen Schulden bis 1923 aufrechtzuerhalten.

### Der Streik in Frankreich.

Paris, 11. Mai. Der Ministerrat hat heute den Justizminister aufgefordert, eine Untersuchung gegen den Allgemeinen Arbeiterverband zum Zwecke seiner Auflösung einzuleiten, da die Syndikate und Betriebsgenossenschaften geschäftlich nur das Recht auf Bearbeitung und Verleidigung von Betriebsinteressen haben.

Parsons meldet aus Marseille, daß auch dort die Metall-, Bau- und Transportarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. Im Bergrevier des Norden ist der Ausstand der Arbeiter unter Tage allgemein. (W.T.B.)

### Dr. Wirth über die Leistungsfähigkeit Deutschlands.

Der Herr Reichsfinanzminister hat dem Vertreter des „Daily Express“ eine Unterredung gewährt. Er führt folgendes aus:

Es ist unabdinglich notwendig, daß die Leistungen, die Deutschland zu vollziehen hat, aus ungemeinem Inhalt und klar bestimmte verwandelt werden und daß diese feste Sphäre sich in einer Höhe hält, welche der Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Solange das Daxelles-Schwert von ungeeigneten Forderungen über Deutschland schwimmt, ist an eine hinreichende Erholung der Volkswirtschaft nicht zu denken. Das Bewußtsein, daß alle Brüder einer vermehrten Ausspannung der Arbeitskraft einsam und allein dem Gegner zugute kommen sollen, ohne die heimische Not zu lindern, daß alle Anstrengung und Arbeit, um aus der Not der Bevölkerung herauszuhelfen, lediglich dazu dienen, den vom Ausland ausgeübten Druck zu erhöhen, müßte naturnah jede Arbeitsfreudigkeit erlösen. Das Volk müßte sich in einem solchen Maße sorgen: es hat keinen Zweck, zu arbeiten. Der Erfolg würde dann der sein, daß nicht nur das deutsche Wirtschaftsleben zusammenbrechen würde, sondern daß auch der Gegner viel weniger erhalten würde, als bei einer vernünftigen, im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bleibenden Festsetzung der Entschädigungssumme. — Ungemessene Verpflichtungen über

eine vernichtende Wirkung auf jede Wirtschaftsfähigkeit aus. Die Arbeit von Verbündeten, die zu ungemeinen Diensten verpflichtet sind, oder gar die Arbeit von Sklaven, ist unerträglich die Schwäche und am wenigsten produktiv von allen Arbeitsmethoden. Eine Bestimmung, daß mit zunehmender Leistungsfähigkeit die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag in heute noch nicht bestimmter Weise erhöht werden sollen, müßte genau dieselben Wirkungen ausüben, wie der Zustand der Selbständigkeit und der Sklaverei. Eine solche Bestimmung wäre volkswirtschaftlich das denkbar Widerständige. Man kann eine Nation niemals durch Zwang von außen zu erhöhten Leistungen bringen. Wie empfindlich das Wirtschaftsleben gegenüber dem Zwang ist, hat sich bei der deutschen Arawanswirtschaft während des Krieges deutlich gemacht gezeigt; die Produktivität der Landwirtschaft ist nicht größer geworden, sondern rapide gesunken. Und dabei war doch die Arbeit im Dienste des Gemeinwohls, im Dienste des eigenen Volkes gefordert.

Eine klare, festumrissene Begrenzung der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag ist ein Wiederaufbau Europas nicht möglich. Stärke ist aber auch notwendig mit Rücksicht auf

#### Die Sanierung der Finanzen

In den einzelnen Ländern, besonders in Deutschland und in Frankreich. Wie sollen wir zu einer geordneten Finanzwirtschaft kommen, wenn unerfüllbare oder gar vollkommen unsichere Forderungen an uns gestellt werden, wenn wir nicht einmal wissen, was wir leisten müssen. Aber auch Frankreich kann zu einer Neuordnung seiner Finanzen nicht kommen, wenn es nicht weiß, was es von uns zu erhalten hat, oder wenn die Forderungen so sind, daß sie ein einfach nicht erfüllt werden können. Auch für die ganze Welt ist es vor größter Wichtigkeit, daß endlich die Verpflichtungen Deutschlands genau festgelegt werden. Große Kreditoperationen können nur vorgenommen werden, wenn über die Leistungen und die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag volle Klarheit besteht und diese Leistungen im Rahmen des volkswirtschaftlich Möglichen gehalten sind. Kredit und Handel aber sind hente noch enger miteinander verknüpft, als in der Vorkriegszeit. Es wird also auch

der Warenaustausch unter den Völkern ungehinderter seiden, wenn nicht eine vernünftige Lösung der Fragen gefunden wird. Werden aber die weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht wieder in hinreichendem Maße angenommen, so muß unbedingt der Wiederaufbau Europas verzögert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. Das bedeutet wiederum Vermehrung der wirtschaftlichen und sozialen Not und neue politische Erschütterungen. Die Rückwirkung auch auf die Länder, die nicht oder nicht so sehr von dem Kriege getroffen worden sind, kann jeder Volkswirt voraussehen. Darum ist eine vernünftige Regelung der Angelegenheit auch im Interesse der ganzen Weltwirtschaft nötig. Was wir wollen, ist eine christliche Weltwirtschaft, die es ermöglicht, aus den Trümmern Europas wieder aufzubauen und die schweren Schäden zu heilen, die der Krieg allenhalben verursacht hat. Die Forderungen, die man an stellt, müssen volkswirtschaftlich erfüllbar sein. Wir werden bei den Verhandlungen den Zustand unserer Volkswirtschaft objektiv schildern und Vorschläge machen, von denen wir glauben, daß sie auch auszuführen sind, sofern man der deutschen Volkswirtschaft wieder aufzuholen bereit ist. (W. T. B.)

#### Die Arbeitserlassungen in der Industrie.

Manheim, 11. Mai. Infolge der durch die Lohnsteigerungen der letzten Monate eingetretene Unrentabilität der Betriebe wurde in Mannheim und Ludwigshafen 6000 Industriearbeiter gekündigt.

### Der Wiederaufbau der sächsischen Landwirtschaft.

Das Wirtschaftsministerium hat der Volkskammer eine umfangreiche Denkschrift zugelassen, die die Ausgestaltung der sächsischen landwirtschaftlichen Betriebsanstalten und Errichtung von landwirtschaftlichen Beispielswirtschaften, einer Lehranstalt für Garten- und Obstbau sowie einer Versuchs- und Beispielsägerei.

In der Denkschrift wird u. a. folgendes ausgeführt:

Die deutsche Landwirtschaft hat im Kriege schweren Schaden gelitten. Infolge des Mangels an Arbeitskräften und Spannweite des Mangels an Dünger und einwandfreier Saatware, des Rückgangs und der Entwertung der Agrarprodukte, der Abnutzung des toten Inventars sind die Erträge des heimischen Bodens in ihrer Gesamtheit wesentlich zurückgegangen. Welche Gefahr dies für die Versorgung unserer Bevölkerung bedeutet, hat der Krieg eindeutig gelehrt. Der Wiederaufbau der Landwirtschaft gehört deshalb zu den brennenden Aufgaben der Gegenwart, und das um so mehr, als die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung die erste Voraussetzung ist, von der die Wiederaufstellung unseres an jahrmehrere Jahre zurückliegenden Wirtschaftslebens abhängt. Auf eine ausreichende Zukunft von Lebens- und Gütermitteln aus dem Auslande ist schon in Folge unserer finanziellen Notlage bis auf weiteres nicht zu rechnen. Wir müssen deshalb mit allem uns zu Gebote stehenden Mitteln dennoch streben, die Erzeugnisse aus dem heimischen Boden zu steigern, um uns so weit als möglich vom Ausland unabhängig zu machen. Dabei würde es sich nicht nur um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden, sondern um eine allgemeine Erhöhung der Berufsbildung und eine wissenschaftliche Durchdringung und Erforschung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Arbeit handeln. Denn nur auf diesem Wege wird sich eine nachhaltige und andauernde Sicherung der Produktion durchsetzen lassen. Dieses Ziel zu erreichen, werden zwar in erster Linie die Betriebsunternehmer selbst unter Führung ihrer bewährten Betriebsvertreter im Wege der Selbsthilfe sich angelegen sein lassen müssen. Aber auch der Staat wird im Hinblick auf die vorliegenden gewichtigen öffentlichen Interessen seine Mitwirkung nicht versagen dürfen. Wenn er schon bisher die wissenschaftliche Fortbildung auf diesem Gebiet und die Berufsausbildung gefördert hat, so wird jetzt angefangen der Notlage unseres Vaterlandes zu prüfen sein, ob diese Aufgabe zu erweitern und die Sicht höher zu richten sind. Die Ausbringung der hierfür erforderlichen Kosten wird sich trotz der ungünstigen finanziellen Lage, in der sich der Staat jetzt befindet, rechtzeitig lassen, eben mit Rücksicht darauf, daß die damit erzielte Steigerung der Produktion die erste Voraussetzung für den Abbau der Preise der Lebens- und Gütermittel bildet.

Wenn Landwirtschaft und Gartenbau ihren Aufgaben auf dem Gebiete der Volksernährung und Volkswohlfahrt in Zukunft gerecht werden sollen, muß auf die technische Verbesserung ständig das Augenmerk gerichtet werden. Hierzu hört das Wirtschaftsministerium zunächst für dringend erforderlich die landwirtschaftlichen Betriebsanstalten zu erweiterter und vertiefter Forstforschung zu befähigen. Bei dem großen Umfang, den die Landwirtschaftswissenschaft in den beiden letzten Jahrzehnten angenommen hat, ist es nicht mehr empfehlenswert, daß ein Forschungsinstitut auf mehreren Hauptzweigen der Landwirtschaft sich mit seinen Arbeiten betätigt, sondern es ist eine Arbeitsteilung und Spezialisierung auf bestimmte Aufgaben geboten. Eine Spezialisierung in der Landwirtschaftswissenschaft ist bereits seit einer Reihe von Jahren in der Zeitung „Die Forst“ an den Universitäten angestrebt und in der letzten Zeit ist überall die Errichtung besonderer Lehrstühle für Tiererzeugungs-, Pflanzenzüchtungs- und Betriebslehre durchgeführt worden. In ähnlicher Weise muß auch die Arbeit der einzelnen Betriebsanstalten umgrenzt werden. Es würde hierauf als Arbeitsschlüssel für unsere sächsischen Betriebsanstalten sich ergeben, daß eine mit dem gesamten Gebiete der Tiererzeugung, eine andere mit dem Pflanzenzüchtung und eine dritte mit der landwirtschaftlichen Arbeit sich befassen. Aus dieser Verteilung auf Spezialarbeitsbereiche ergibt sich dann die Verteilung, die Arbeitsschwerpunkte auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Die Ergebnisse der Forschung müssen den Landwirten auf möglichst kurzem Wege und in überzeugender, anschaulicher Weise zugänglich gemacht werden. Vor allem müssen hierbei die mittleren und kleinen Landwirte, von denen 80,3 Prozent der gehaltenen landwirtschaftlich genutzten Fläche Sachsen bewirtschaftet werden, aufgeklärt und Belehrung empfangen. Hierzu ist die Einrichtung von Beispielswirtschaften erforderlich. Zur Erhöhung des Garten- und Obstbaus ist die Errichtung einer staatlichen Lehranstalt für Garten- und Obstbau und eines Berufs- und Beispielsägerei notwendig.

Um die dargelegten Forderungen zu erfüllen, werden in der Denkschrift eingehende Vorschläge gemacht. Die landwirtschaftliche Betriebsanstalt Leipzig-Möckern erfordert für ihren Ausbau unbedingt einmalige Aufwendungen. Sie erfordern sich auf die Erweiterung der tierphysiologischen Forschung durch Vermehrung der Apparate, auf Erweiterung des lebenden und toten Inventars der Wirtschaft und auf räumliche Ausdehnungen. Hierfür würden im ganzen 87 000 Mil. nötig w